

Conrad Schuhler

Krise vorbei? Alles in Butter? Warum es schnell noch tiefer abwärts geht

Seit Mitte 2010 wird in Deutschland das Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgerufen und ein neuer Konjunkturmorgen verhießen. Der ifo-Konjunkturtest Juli 2010 trägt den Titel "ifo Geschäftsklimaindex im Steilflug" und fasst die Stimmung so zusammen: "Die deutsche Wirtschaft ist wieder in Partylaune." Die Unternehmen berichteten durchwegs von einer erheblich verbesserten Geschäftslage. Das Geschäftsklima verzeichnete den größten Sprung nach oben seit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Zahlen der Großkonzerne für das zweite Halbjahr 2010 sollen das Feuerwerk zur Party liefern. BMW meldete gegenüber dem Vorjahr einen Umsatzanstieg von 18 % und einen fast sieben mal höheren Gewinn. (SZ, 24.8.2010) Wie bei BMW liegt auch bei den übrigen deutschen Auto-Konzernen die Auslastung der Kapazitäten wieder bei über 90 %. In anderen Branchen, z.B. im Einzelhandel, waren die Ergebnisse weniger strahlend – der Metro-Konzern konnte ein Gewinnplus von gerade mal 3 % melden – dafür gab man sich um so optimistischer für die Zukunft. So hielt es auch der Chef der Telekom, obwohl seine Firma einen Verlust zu vermelden hatte. Großspuriger Optimismus ist eiserne Unternehmerpflicht.

Dies gilt zumal für Bundeswirtschaftsminister Brüderle, der sich als Lordsiegelbewahrer des Neoliberalismus im Ministerrang gefällt. Überall sieht er "zunehmende wirtschaftliche Dynamik", der Weg nach oben ist geräumt: "Konjunkturelle Erholung und bessere Lage am Arbeitsmarkt beflügeln sich gegenseitig." Das "Zukunftsvertrauen" sei zurückgekehrt. "Das fördert Kauflaune, Konsum und Investitionstätigkeit."

War da nicht kürzlich noch ein etwas ernsteres Problem? Ja doch, 2009 war das Wirtschaftswachstum in Deutschland um fast 5 % eingebrochen, 2009/2010 entwickelten sich die Krisen der Banken und der Staatsfinanzen zu höchsten Blüten. Hatte man nicht von EU und Internationalem Währungsfonds 750 Milliarden Euro für notleidende Staaten bereitgestellt und allein in Deutschland einen "Bankenrettungsfonds" über 500 Milliarden Euro, des Doppelten aller jährlichen Steuereinnahmen des Bundes, eingerichtet? Um Banken "von systemischer Qualität" vor dem Absturz zu bewahren, dessen Risiko diese durch die Schöpfung und Anhäufen fauler Kredite und Wertpapiere selbst herauf beschworen hatten?

Zur Jahresmitte 2010 gaben die europäischen und deutschen Kredit- und Währungshüter auch hier Entwarnung. Sie hatten 91 europäische Banken, darun-

ter 14 deutsche, in einem "Stresstest" geprüft, wie sie damit fertig würden, wenn ihre Kredite, Wertpapiere u.a., sich als noch fauler erweisen sollten. Das Ergebnis: Die europäischen, auch die "deutschen Banken erweisen sich als robust und widerstandsfähig" (so die Vertreter von Bundesbank und Bankenaufsichtsbehörde Bafin bei der Bekanntgabe der Testergebnisse). Von den deutschen Banken fiel nur die Hypo Real Estate (HRE), mit über 100 Milliarden Euro Staatsgeld mühsam und kostspielig am Leben gehalten, beim Test durch. Fazit der HRE-Verantwortlichen: Die Bank braucht noch mehr öffentliche Gelder.

Alles zurück auf Start?

Also alles zurück auf Null? Denn das ist natürlich der Hintersinn der fröhlichen Party-Botschaft: Alles in Ordnung, von wegen Systemkrise! Zwar müssen "wir alle" noch weiterhin Opfer bringen, und nicht zu knapp, aber an den Grundsätzen der Wirtschafts- und Finanzpolitik muss nichts geändert werden. Und nun mit Volldampf weiter auf den alten Gleisen, die doch so offenkundig wieder steil und zügig nach oben wiesen.

Beispielhaft zeigt sich dieses "Weiter so wie bisher, es gibt nichts zu korrigieren" am Verhalten der Großbanken. Im ersten Quartal 2010 machten sechs Großbanken (Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Deutsche Bank, Barclays, Credit Suisse, UBS) einen Vorsteuer-Gewinn von 21,5 Billionen Dollar. 17,4 Billionen, rund 80 %, entfielen auf Profite aus dem Investmentbanking, also dem reinen Spekulationsgeschäft. Bei der Deutschen Bank, kürzlich von der Zeitschrift Euromoney als "weltweit beste Investmentbank" ausgezeichnet, betrug dieser Anteil sogar über 90 % (Spiegel 25/2010). In seinem Zwischenbericht zum 30.6.2010 hatte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, zwar vor allem im Hinblick auf die kriselnden Anleihen europäischer Schuldnerstaaten große Klage zu führen: "Die Deutsche Bank konnte sich im Investmentbanking der erhöhten Unsicherheit bei Investoren sowie der gestiegenen Volatilität an den Finanzmärkten nicht entziehen." Doch rühren auch in der aufs Äußerste zugespitzten Krisenphase noch über 60 % der Profite aus eben diesem Spekulationsgeschäft.

Die Eigenkapitalrendite konnte sogar gegenüber dem Vorjahr von 19 auf 21 % gesteigert werden. Wogegen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im selben Zeitraum um zwei Drittel gekürzt wurde (von 1,5

Billionen auf 500 Milliarden Euro)! Und die Leverage Ratio, das Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital, verharrte bei 23. Was besagt, dass die Deutsche Bank 23 mal mehr Geld verleiht oder sonst einsetzt, als sie selbst an Kapital verfügt. Surplus value, Aktionärsprofit über alles, weniger Risikovorsorge, riesige Multiplikatoren der Geldschöpfung durch die Banken – alles Sprengstoff für den nächsten Krisenknall!

**Wahrheit Nr. 1:
Die deutsche Wirtschaft steht vor einer neuen Krise – der Aufschwung ist gering und stützt sich auf den Export, doch der steht vor wachsenden Problemen**

Jubel und Selbstlob des Bundeswirtschaftsministers vertragen sich kaum mit den Zahlen des eigenen Hauses. Im Juli 2010 gab das Ministerium "Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Lage" heraus. Danach war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal um ganze 0,2 % gestiegen, was auch die einschlägigen PR-Spezialisten nicht als Aufschwung zu bezeichnen wagen. Doch wurde für das zweite Quartal die Fanfare angestimmt: "Nach dem konjunkturell etwas ruhigeren Winterhalbjahr zeichnet sich in der deutschen Wirtschaft ein kräftiges Wachstum im Frühjahr ab." (Ifo)

Tatsächlich hat sich die Auftragslage im April und Mai spürbar verbessert: In der Industrie um 5,6 % und im Bauhauptgewerbe um 2,9 %. Im Mai 2010 war die Industrieproduktion um 3,4 % gestiegen. Die entscheidende Frage lautet: Worauf stützen sich diese Wachstumsimpulse und werden sie von Dauer sein?

Auf den Konsum stützt sich dieses Wachstum in keiner Weise. Die "privaten Konsumausgaben" sind im ersten Quartal 2010 um 0,8 % zurückgegangen und sinken weiter. Ein Indiz dafür sind die Einzelhandelsumsätze, die im April/Mai um weitere 0,5 % geringer waren. Schon diese Zahlen widerlegen die Behauptung des Wirtschaftsministers, die wachsende Beschäftigung und höhere Arbeitseinkommen würden die konjunkturelle Erholung beflügeln. Brüderle hatte sich mit seiner Erklärung an die Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) Ende Juli 2010 gehängt. Die Zahlen waren schon vom Vorstandsvorsitzenden der BA mit dem Kommentar der Saison präsentiert worden: "Die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs, die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert." (BA)

Tatsächlich hält sich diese Verbesserung in engen Grenzen. Saisonbereinigt handelt es sich um eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 20.000. (Nicht saisonbereinigt hat die Arbeitslosenzahl im Juli um 39.000 zugenommen.) Mit besonderem Stolz verweist die BA auf die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die gegenüber dem Vorjahr um 204.000 zugenommen habe. Allerdings ist dieser Zuwachs im wesentlichen auf das Anwachsen der Teil-

zeitbeschäftigung zurück zu führen. 180.000, also 90 % der neu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfallen auf den Teilzeitsektor. Dass solche Menschen Zukunftsfreudigkeit und Kauflaune entwickeln, wie Brüderle zu meinen vorgibt, ist absurd. Sie werden versuchen, ihr bisschen Geld zusammen zu halten und sich bang fragen, wie lange ihre Beschäftigung hält.

Der private Konsum wird demnach noch länger als eventuelle Stütze der Konjunktur ausfallen. Ähnliches gilt auch für die "Konsumausgaben des Staates", also die Nachfrage der öffentlichen Hände. Sie haben schon bisher einen zu geringen Beitrag zur Bekämpfung der Krise geleistet. Im ersten Quartal 2010 waren sie um 1,1 % gestiegen. In Zukunft werden sie, wenn die Schwarz-Gelbe Koalition ihren Kurs durchsetzt, unter den Stichworten "Schuldenbremse" und "Sparhaushalt" zurückgefahren.

Privater und staatlicher Konsum fallen in der "Weiter so"-Politik aus, der einzige größere Stützpfiler der Konjunktur ist der Außenhandel. Dies ist seit Jahrzehnten der Motor der deutschen Wirtschaft und heute mehr denn je. Im Mai 2010 stiegen die Exporte, die fast die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung stellen, noch einmal um 9,2 %.

Dass andere Länder Importüberschüsse aus Deutschland ins Land holen, setzt voraus, dass sie diese bezahlen können. Da der Defizitfinanzierung durch Verschuldung mit Bankenkrise und Staatsverschuldung engere Grenzen als zuvor gesetzt sind, müssen diese Importländer erstens eigene zusätzliche kaufkräftige Nachfrage schaffen und zweitens gewillt sein, diese zur Förderung der deutschen Umsätze und nicht zur eigenen wirtschaftlichen Entwicklung zu mobilisieren. Mit beidem sieht es schon auf kurze Frist nicht gut aus für die deutsche Exportindustrie.

Der Raum für deutsche Exporte wird schmaler

Der größte Anteil am deutschen Export (zwei Drittel) entfällt auf die Länder der EU. Im gesamten EU-Raum jedoch weisen die wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren im ersten Quartal 2010 nicht nach oben, die meisten vielmehr nach unten. Die privaten Konsumausgaben sinken ebenso wie das Investitionsvolumen und die Erwerbstätigkeit. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren liegt die Arbeitslosenquote konstant über 20 %. (Eurostat) Der Raum für deutsche Exporte in der EU wird nicht breiter, sondern schmaler.

Dies gilt noch mehr für die USA, den nächsten großen Importeur deutscher Waren. Deren Wirtschaftsmotor war seit Jahrzehnten der private Konsum (auf ihn entfielen in den USA rund 70 % der Gesamtnachfrage, 10 Prozentpunkte mehr als der Konsumanteil in Deutschland). Nun bricht dieser zusammen. Seit Dezember 2007 sind in den USA acht Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden, die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell fast zehn Prozent. No-

belpreisträger Paul Krugman sieht eine strukturelle Arbeitslosigkeit voraus, selbst Mitglieder der Notenbank Fed warnen vor einer "verlorenen Dekade". (SZ 5.8.2010) Die US-Amerikaner haben Beschäftigung und Einkommen wie großteils ihren sprichwörtlichen Optimismus verloren, was wirtschaftlich vor allem Konsumrückgang bedeutet. Wegen dieser schwerwiegenden und dauernden Schwächung der Binnen- nachfrage halten die US-Unternehmen Bargeldreserven von fast 2 Billionen Dollar, statt sie für Investitionen zu verwenden. Hatte das Wirtschaftswachstum zu Beginn des Jahres noch bei 3,7 % gelegen, so betrug es im 2. Quartal 2010 nur noch 2,4 %. Dies ist weniger, als nötig ist, um den jetzigen, ungenügenden Beschäftigungsstand zu halten. (SZ, 2.8.2010)

Exportüberschüsse im Handel mit den USA stehen nicht nur wirtschaftlich auf der Kippe, sie werden von der Obama-Regierung auch politisch bekämpft. Im Umfeld der Konferenz der G20 im Juli 2010 in Toronto hatte Präsident Obama in Briefen an alle Teilnehmerländer darauf gedrungen, dass Staaten ohne große Schuldenprobleme, aber mit hohen Exportüberschüssen die eigenen Binnenmärkte ausdehnen müssten. Es ginge nicht an, so der Vorwurf aus den USA (der auch von der französischen Regierung geteilt wird), dass Deutschland versuche, sich auf den Märkten anderer Länder zu bedienen und so auf Kosten anderer zu wachsen. Die deutsche Exportstrategie stößt auf den politischen Widerstand anderer nationaler Wettbewerbsgesellschaften.

In China, ein zunehmend wichtiger Handelspartner, stößt sie auf ein sich abschwächendes Wachstum. Im ersten Quartal 2010 hatten die Chinesen ein Wachstum von 11,9 % gemeldet, im zweiten Quartal war es noch ein Plus von 10,3 %. (SZ, 16.7.2010) Das liegt immer noch um das Zehnfache über der Wachstums-

prognose für die EU. Aber die Erwartungen, das Wachstum der Chinesen und anderer asiatischer Schwellenländer ginge immer so weiter und würde als Hochgeschwindigkeitslokomotive für Deutschland und andere schwächelnde Exportländer funktionieren, müssen erheblich gedämpft werden.

Selbst der Internationale Währungsfond (IMF), der in die Rolle des globalen Regulators und Überwachers der Sparanstrengungen der einzelnen Länder drängt und deshalb ebenfalls möglichst gute Wachstumszahlen für das neoliberale Modell meldet, warnt vor Risiken, "die markant gewachsen sind". Auch wenn diese Risiken nicht zum Tragen kämen, geht der IMF von einem Rückgang des Wachstums 2011 gegenüber 2010 in allen Teilen der Welt aus. Damit ist umso eher zu rechnen, als die schwachen Wachstumsimpulse vor allem auf die staatlichen, über Kredite finanzierten Konjunkturprogramme zurückzuführen sind. Ihr Volumen von 3 Billionen Dollar macht über 4,7 % des Welt-BIP aus. Die Programme sollen 2010, spätestens 2011 auslaufen. Geschieht dies, kommt der Double Dip, der erneute Rückfall in eine schwere Rezession.

Auf noch kürzere Frist sieht der IMF das Hauptrisiko in "an escalation of financial stress", also in der Entwicklung neuer Finanzkrisen. Die Europäische Zentralbank (EZB) warnt ebenfalls vor "erneuten Spannungen auf den Finanzmärkten" und in diesem Zusammenhang vor "einem stärkeren negativen Feedback zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor".

Wenn IMF und EZB gleichermaßen vor neuen Großproblemen auf den Finanzmärkten warnen, dann muss man sich fragen, wie der Stresstest der europäischen Banken den Befund "volle Gesundheit" (robust) ergeben konnte.



Wahrheit Nr. 2: Der Banken-Stresstest war ein primitives Täuschungsmanöver – die Banken stecken voll fauler Kredite

Im Stresstest durch die EZB und die nationalen Bankenaufsichter wurde angeblich gemessen, ob und wie der Finanzsektor auch größere Krisen und Katastrophen überstehen würde. Der entscheidende Indikator war die Kernkapitalquote. Mit ihr wird gemessen, wie viel Prozent ihrer Kredite und Wertpapiere sie im Notfall – also wenn sich die Kredite und Wertpapiere als faul erweisen – mit eigenem Kapital decken könnte. Die aktuelle Bankenaufsicht schreibt vier Prozent vor. Die EU-Aufsichter haben für den Test eine Stressquote von sechs Prozent festgelegt.

Dies ist eine großzügige Bemessungsgrundlage. Tritt der Katastrophenfall ein, steht die Bank für sechs Prozent ihrer Krisenkredite und -papiere ein. Wer schultert die restlichen 94 %? Nun kann man sagen, es werden schon nicht 100 % der Aktiva den Bach runter gehen. Aber gerade dies sollte das Design des Katastrophenszenarios sein. Im Fall einer Katastrophe wird die Bank, wenn sie nur "systemische" Relevanz hat, zu 94 % ihrer Verluste von der öffentlichen Hand subventioniert, jedenfalls nach der Logik der Aufsichter von EU und Bundesrepublik. Dies ist nicht beruhigend. Selbst wenn die bekannt gegebenen Stressquoten stimmen würden, wäre dieses Bankensystem für einen wirklichen Stress nicht gerüstet.

Wie die Banken ihre Bilanzen frisieren konnten

Die Quoten stimmen aber nicht, es sind Fälschungen primitivster Art. Die beiden Seiten der Gleichung lauten: Eigenkapital und Risiken. Bei der Festlegung der Quote haben die Banken auf beiden Seiten eine gewaltige Gestaltungsfreiheit. Was zählt zum Eigenkapital? Die allgemeine Formel lautet: Aktienkapital und Gewinnrücklagen. Doch im deutschen Bankwesen rechnet man anders. Man zählt die Außen-Beteiligungen der Bank dazu. Eben dieser Punkt ist ein Zankapfel erster Güte in den internationalen Auseinandersetzungen über höhere Eigenkapitalquoten. Die deutsche Regierung steht bedingungslos an der Seite "ihrer" Banken, während die US-Banken und deren Regierung dagegen sind, dafür aber ihre riesigen Steuergutschriften als Eigenkapital gewertet wissen wollen.

Die Dimension des Problems wird klar, wenn man sich als Beispiel vor Augen hält, dass die Deutsche Bank rund 200 "Zweckgesellschaften" in aller Welt unterhält, die außerhalb der Bilanz der Bank Spekulationsgeschäfte betreiben. Diese Gesellschaften sind einzig deswegen gegründet worden, weil sie keiner Bankenaufsicht unterliegen. Hier lauern also gewaltige Risiken, die aber niemand genau kennt und die die Bank nicht preisgibt, schon gar nicht in einem

Stresstest. Aber ihre Beteiligungen führt sie als Eigenkapital an. Allein hierdurch verschiebt sich das Verhältnis Eigenkapital zu Risiken gewaltig.

Auch die zweite Seite der Gleichung, die Risiken, wurde von den Banken frisiert. Sechs der 14 getesteten deutschen Banken haben ihre Engagements in Anleihen europäischer Staaten nicht angegeben, darunter der Branchenprimus Deutsche Bank. Dabei war es nicht zuletzt darum gegangen, dass die Staatsrisiken im einzelnen veröffentlicht und eingeschätzt werden. Nach den Angaben der Bundesbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben die deutschen Banken Auslandsforderungen in Höhe von über 2,5 Billionen Euro, an die Eurozonenländer fast eine Billion, genau 988 Milliarden Euro. 138 Milliarden Euro davon entfallen auf die öffentlichen Haushalte dieser Länder, die allesamt überschuldet sind und von der EU mit Strafverfahren überzogen werden. Die deutschen Banken haben sich im Stresstest deshalb als "robust" herausgestellt, weil sie ihre Gebrechen verschwiegen und ihre Aktiva-Muskeln zum Teil erfunden haben.

Das deutsche Bankensystem ist wie das globale Finanzsystem insgesamt durch und durch morsch. Der Finanzsektor kommt seiner "eigentlichen" Aufgabe, der Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten, immer weniger nach. Seit dem dritten Quartal 2009 gehen die Kredite an Unternehmen der Realwirtschaft zurück, in 2010 sogar noch schärfer als im Vorjahr. (ECB) Bis zum 1.2.2010 hatten die Finanzsysteme Verluste in Höhe von 1,6 Billionen Dollar abzuschreiben. Der IMF schätzt, dass weitere rund 2,4 Billionen Dollar an Abschreibungen erforderlich sind. Der kommende Krisenschlag wird, wenn niemand den neoliberalen Strategen in den Arm fällt, mit Sicherheit stattfinden. Und es wird lauter knallen als beim letzten Mal.